

Delegiertenversammlung 2007

I.

Allgemeines

Die diesjährige Delegiertenversammlung des Hauptverbandes der Gerichtssachverständigen fand am 16. Juni 2007 im Festsaal des Hotels PANHANS am Semmering (NÖ) statt; sie wurde vom Landesverband Wien, Niederösterreich und Burgenland ausgerichtet.

An der Arbeitssitzung nahmen 66 Delegierte aus ganz Österreich teil. Verbandspräsident Prof Dipl.-Ing Dr Matthias RANT begrüßte eingangs der Sitzung die erschienenen Delegierten, Präsidiumsmitglieder (entschuldigt waren Hofrat Dr GÖTSCH und Prof DI Dr JUDMANN), Rechtskonsulent Hofrat Dr Alexander SCHMIDT und die bereits zur Arbeitssitzung erschienenen Vertreter der Justiz Leitende Staatsanwältin Dr Maria WAIS (BM für Justiz), Dr Harald KRAMMER, Präsident des Oberlandesgerichtes Wien, Dr Jürgen SCHILLER, Präsident des Landesgerichtes für ZRS Graz iR, heute in der Funktion als Delegierter für den Landesverband Steiermark und Kärnten, sowie die Vertreter der außerordentlichen Mitglieder des Hauptverbandes Dipl.-Dolm Christine SPRINGER, Präsidentin des Österreichischen Verbandes der Gerichtsdolmetscher, und Bundesinnungsmeister Komm-Rat Josef PUNTINGER (Bundesinnung der Kfz-Mechaniker).

Vor Beginn der Delegiertenversammlung wurde im Gedenken an den am 17. Mai 2007 im 85. Lebensjahr verstorbenen Bundesminister für Justiz aD Dr Egmont FOREGGER, Träger der Goldenen Ehrennadel des Hauptverbandes, eine Trauerminute abgehalten (siehe dazu den in SV 2007/2, 109 abgedruckten Nachruf).

II.

Tagesordnung: Tätigkeitsbericht

Den inhaltlichen und zeitlichen Schwerpunkt der Arbeitssitzung bildete der ausführliche **Tätigkeitsbericht** des Präsidenten über das Berichtsjahr ab der letzten Delegiertenversammlung vom 20. Mai 2006 in Pörschach (Kärnten) sowie über für Sachverständige wichtige Änderungen und Vorhaben legistischer Natur.

Gesprächstermin mit Justizministerin Maria BERGER

Präsident RANT berichtete zunächst über das in einer konstruktiven und freundlichen Atmosphäre abgelaufene Gespräch vom 11. April 2007 mit der neuen Justizministerin sowie weiteren Vertretern des Justizministeriums; seitens des Hauptverbandes nahmen Präsident RANT und Rechtskonsulent SCHMIDT teil. Zu Beginn wurde Bundesministerin Dr BERGER ein vorbereitetes Handout, in welchem die Anliegen des Verbandes schriftlich dargelegt sind, übergeben. Bei dessen Erörterung wurden folgende Ergebnisse erzielt: Zu den Fragen **Qualitätssicherung und Rezertifizierung** gab es Übereinstimmung. Auch dem Justizministerium ist die Qualitätssicherung bei Sachverständigen ein wichtiges Anliegen. Es wird eine gesetzliche Anordnung geben, dass bei der Rezertifizierung (§ 6 SDG) die Fortbildung der Sachverständigen ein Beurteilungskriterium darstellt. Auch die Nutzung des Instruments des **Bildungspasses** zur Beurteilung der Fortbildungsaktivitäten soll dadurch bewirkt werden, dass der Bildungspass von den zuständigen Gerichtspräsidenten nachgefragt wird. Für die zu erwartende Rezertifizierungswelle im Jahre 2008, die sich aufgrund der automatischen Zertifizierung für die zum Zeitpunkt der SDG-Novelle 1998 bereits eingetragenen Sachverständigen ergibt, sollen Maßnahmen für eine entsprechende Qualitätsprüfung durch die Präsidenten getroffen werden. Die Anregung des Hauptverbandes an das Bundesministerium für Justiz, die Gerichtshofpräsidenten zu einer gemeinsam mit dem Sach-

verständigenverband veranstalteten Enquete über Qualitätssicherung einzuladen, wurde begrüßt. Nach Meinung des Justizministeriums könnte eine solche Veranstaltung im Rahmen einer Gesamtenquete „Qualitätssicherung“ verwirklicht werden, bei der das Sachverständigenwesen ein wichtiger Teil sein sollte.

Beim freien oder kostengünstigen Zugang zum Grundbuch (zB zum Zwecke der Liegenschaftsbewertung) und zum Firmenbuch (zB für Buchgutachten) war – wie Präsident RANT berichtete – das „Ohr des Ministeriums“ leider verschlossen. Beim Ministergespräch äußerte Sektionschef Dr FELLNER starke Bedenken, weil dem Bund einerseits Gebühren entgehen würden und andererseits der Aufbau einer Paralleldatenbank befürchtet wird. Mit Schreiben vom 7. Mai 2007 hat das BMJ ua mitgeteilt, dass ein Zugang von Sachverständigen in das geschlossene Behördennetz des Bundesrechenzentrums aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in Aussicht genommen werden kann und das BMJ aus budgetären Erwägungen dazu verhalten ist, Wünsche nach Gebührenermäßigungen und Gebührenbefreiungen restriktiv zu behandeln.

Um die **Zuschlagsverordnung zum GebAG** wurde lange gekämpft. Wie bekannt (vgl SV 2006/2, 66) war der Entwurf des Vorjahres mangels budgetärer Bedeckung vom Finanzministerium abgelehnt worden. Nunmehr ist die betreffende Verordnung, um die auch das BMJ sehr bemüht war, am 3. Mai 2007 vom Nationalrat beschlossen worden. Sie wird mit 1. Juli 2007 in Kraft treten. Darin wird ein Zuschlag von 17 % für jene Tätigkeiten des Sachverständigen vorgesehen, die ab 1. Juli 2007 begonnen werden (vgl hierzu SV 2007/2, 61 mit dem Verordnungstext).

Gebührenanspruchsgesetz-Novelle 2007

Präsident RANT erinnerte daran, dass über den bestehenden Handlungsbedarf und die Möglichkeiten nach dem Wegfall der unverbindlichen Verbandsempfehlungen nach § 31 KartG und des aufgetragenen Widerrufs der HOB (Honorarordnung der Baumeister) durch den Obersten Gerichtshof als Kartellobergericht (SV 2006/1, 33 mit Anm von *Krammer*) bereits in der Delegiertenversammlung 2006 berichtet wurde. Eine gesetzliche Gebührenregelung sei unbedingt erforderlich. Zum ersten Diskussionsvorschlag des BMJ vom 15. November 2006 hat der Hauptverband nach eingehender Erörterung der Problematik im Präsidium wie auch in den Landesverbänden dem Justizministerium am 1. Februar 2007 eine koordinierte Stellungnahme übersandt. Sowohl zur nachfolgenden Erörterung beim Ministergespräch am 14. April als auch zur Besprechung der Stellungnahme am 25. Mai 2007 im Justizministerium ist nun zu berichten, dass das BMJ den festen Entschluss gefasst hat, eine solche gesetzliche Gebührenregelung zu schaffen. Damit wird – wie Präsident RANT ausführte – eine Aufwertung der Stellung der Gerichtssachverständigen und deren möglichst starke Bindung an das staatliche Handeln der Gerichte bewirkt, was wieder die Integration der Sachverständigen in den hoheitlichen Bereich der Justiz fördert; dies wiederum ist auch notwendig, um Gebührenregelungen europarechtlich möglichst unangreifbar zu machen.

Das bewährte System des „Gebühren-Splitting“ sowie der Grundsatz der Ausrichtung der Entlohnung nach den außergerichtlichen Einkünften der Sachverständigen werden beibehalten. Daneben werden Gebührenrahmen in drei Gebührenklassen eingeführt: 1. für Tätigkeiten, die einfache Erfahrungen erfordern, die bei einem Sachverständigen dieses Fachgebiets gewöhnlich vorausgesetzt werden; 2. für Tätigkeiten, welche hohe fachliche Kenntnis des Fachgebiets erfordern und 3. für Tätigkeiten, die besondere hohe Kenntnisse auf wissenschaftlichem oder künstlerischem Gebiet erfordern.

Berichte

Ein weiterer Vorentwurf zu der in Rede stehenden Gesetzesnovelle wurde am 14. Juni 2007 vom BMJ per e-Mail zur Äußerung bis Mitte Juli 2007 übersandt; er wurde allen Landesverbänden zur Erörterung in deren Gremien und zur Stellungnahme weiter geleitet. Im November 2007 könnte der Ministerialentwurf im Justizausschuss behandelt werden.

Nomenklatur-Erlass; Überarbeitung der Fachgruppen und Fachgebiete. Dieses Thema ist hinlänglich bekannt. In mehr als zwei Jahren wurde die Nomenklatur überarbeitet, es ist viel bewegt worden, der Arbeits- und Zeitaufwand war und ist beträchtlich.

Nach Meinung von Dr RANT ist ein brauchbares Ergebnis erzielt worden. Der Nomenklatur-Erlass erfolgt in zwei Etappen. Der erste Teilerlass für 28 Fachgruppen ist mit 1. Mai 2007 in Kraft getreten. Die Revision der restlichen 25 Fachgruppen wurde am 11. Juni 2007 abgeschlossen. Mit Jahresende 2007 soll auch der zweite Teilerlass in Kraft treten. Vgl hierzu den Zwischenbericht von Rechtskonsulent SCHMIDT zur Nomenklaturüberarbeitung in SV 2007/2, 62 mit der dringenden Empfehlung, die eigene Eintragung unter der Adresse www.sdglste.justiz.gv.at abzufragen, um allfällige Veränderungen zu erkennen. Präsident RANT dankte in diesem Zusammenhang den beiden unermüdbaren „Mitstreitern“ LStA Dr WAIS und Dr SCHMIDT, die in vielen Sitzungen ausgezeichnet zusammen gearbeitet haben und allen Kolleginnen und Kollegen, die ihren Beitrag zu diesem für das Sachverständigenwesen wichtigen Projekt geleistet haben.

SV Verbandszeitschrift – nun auch Online

Verbandspräsident RANT informierte, dass die Zeitschrift „Der Sachverständige“ beginnend mit Heft 1/2007 auch auf der Homepage des Hauptverbandes elektronisch verfügbar ist. Veröffentlicht wird der Hauptteil, gegliedert in Standardartikel, Entscheidungen sowie Einfachartikel (Berichte, Literaturhinweise, etc). Programmierte Veranstaltungen des Hauptverbandes und der Landesverbände sind bereits in den Webseiten publiziert, sie werden daher nicht abermals berücksichtigt. Eine Suchfunktion ermöglicht die Suche nach Überschriften oder nach Schlagwörtern, die von den Autoren geliefert werden. Die Zeitschrift wird aber weiterhin „in Papierform“ an alle Mitglieder versandt. Vgl dazu auch *Judmann*, SV 2007/2, 64.

Homepage des Verbandes

Erfreulich ist, dass der Verband nunmehr mit einem einheitlichen Erscheinungsbild im Internet auftritt. Das Design des Landesverbandes Wien, Niederösterreich und Burgenland wurde den übrigen Landesverbänden kostengünstig angeboten, von diesen übernommen und nach ihren Anforderungen angepasst. Diese Internet-Präsentation zeige die gute Zusammenarbeit und Homogenität des Verbandes. Dr RANT dankte den Funktionären der Landesverbände und auch Dr JUDMANN für die tatkräftige Unterstützung bei diesem Projekt.

Fortbildung

Symposium „Stand der Technik“

(20. Oktober 2006, Wr. Neustadt):

Das Interesse an dieser Veranstaltung hat alle Erwartungen übertroffen; sie war ein schöner Erfolg. Das erreichte Ziel, zitierfähige Resultate zu erhalten, wird durch einen demnächst im „Neuen Wissenschaftlichen Verlag“ erscheinenden Tagungsband unterstrichen.

Gasteiner Seminare (Jänner 2007):

Bei Veranstaltungen dieser Art, die bereits 30 Jahre bestehen, ist immer wieder ein „up and down“ zu verzeichnen. Die Teilnehmerzahlen 2007 der Seminare „Bauwesen“ und „Spezielles aus Recht und Praxis“ haben zugenommen, beim Seminar „Kfz-Wesen“ ist im Vergleich zum „Rekordjahr 2006“ ein Rückgang zu berichten. Die Kombination „Bauwesen“ und „Spezielles aus Recht und Praxis“ wird nach wie vor gut angenommen.

Laut Teilnehmermeinungen sind die Seminare fachlich gut gelaufen (vgl die Seminarberichte in SV 2007/1, 45).

2008 jährt sich das Seminar „Bauwesen“ zum 30. Mal. Bundesministerin Dr BERGER hat ihre Teilnahme bei der Seminareröffnung zugesagt.

LBA Graz

Auch hier zeigen die Teilnehmerzahlen der Lehrgänge 2005 bis 2007, dass die Ausbildungsveranstaltungen der LBA gut angenommen werden. Für 2007/2008 sind Lehrgänge in Kufstein und Wien vorgesehen; darüber hinaus bietet die LBA für Herbst 2007 zwei Spezialveranstaltungen an.

EuroExpert

Wie bereits berichtet, hat Österreich seit 1. September 2006 für zwei Jahre den Vorsitz inne. In fünf Jahren ist eine Ausweitung der Mitgliedsländer gelungen: Tschechien wurde ordentliches Mitglied und Ungarn wird ab 1. 1. 2008 ebenfalls Vollmitglied. Es sind dies die ersten CEE-Länder in dieser europäischen Sachverständigenvereinigung. Es gibt Bemühungen, in Brüssel eine Büroadresse zu erreichen. Mit dem „EuroExpertFinder“ besteht auf der Homepage von EuroExpert die Möglichkeit einer Sachverständigen-Suche der Mitgliedsländer im Internet.

III.

Weitere Tagesordnungspunkte

Bericht des Kassenverwalters

Arch Mag Horst HOLSTEIN berichtete: Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006 wurde von der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungskanzlei GREGORICH & Partner GmbH erstellt. Die Gebarungübersicht 2006 und der Voranschlag 2008 sind allen Delegierten zugegangen. Den Prüfungsberichten der Rechnungsprüfer Dr STARIBACHER und Dr SORGER sind keine Beanstandungen zu entnehmen.

Einnahmen 2006:	€ 401.534,67
Ausgaben 2006:	€ 342.082,51

Voranschlag 2008:

Einnahmen prognostiziert:	€ 385.700,-
Ausgaben prognostiziert:	€ 358.500,-

Der 2006 erzielte Überschuss wird den Rücklagen zugeführt. Antragsgemäß genehmigten die Delegierten den Jahresabschluss 2006, den Voranschlag 2008 und erteilten dem Präsidium die Entlastung.

Mitgliederbewegung

Der Zuwachs von insgesamt 2,35% (Gesamtstand: 8.631 Mitglieder/Anwärter) entspricht etwa dem des Vorjahres. Eine deutliche Erhöhung der ordentlichen Mitglieder verzeichnet der Landesverband Tirol und Vorarlberg.

Festsetzung der Kopfbeiträge 2008

Die seit acht Jahren unverändert gebliebenen Kopfbeiträge (€ 32,-) bleiben nach Beschluss der Delegiertenversammlung auch 2008 unverändert.

Delegiertenversammlung 2008

Diese wird vom Landesverband Tirol und Vorarlberg ausgerichtet. Die Einladung wurde von TechnRat AMPLATZ und Baurat KÖNIG namens des Landesverbandes ausgesprochen. Als Termin wird Samstag, **31. Mai 2008**, vorgeschlagen.

Nach rund 1-stündiger Dauer schloss Präsident RANT mit herzlichem Dank an alle Teilnehmer und die an der Organisation des Delegiertenkongresses Beteiligten die Arbeitssitzung.

IV.

Festlicher Teil der Delegiertenkonferenz 2007

Verbandspräsident Dr RANT begrüßte im Festsaal des Tagungshotels PANHANS, Semmering die erschienenen Ehrengäste, die Tagungsteilnehmer und deren Begleitung, namentlich den

Repräsentanten der Gemeinde Semmering, Geschäftsführer der Gemeinderat Kurt PAYR, von der „Justiz“: LStA Dr Maria WAIS (BMJ), Generalprokurator Dr Werner PÜRSTL, Präsident d OLG Wien Dr Harald KRAMMER, Präsident d OLG Linz Dr Alois JUNG, Ltd OstA Dr Werner PLEISCHL (Oberstaatsanwaltschaft Wien), Präsident d LG Krems Hofrat Dr Hans POL-LAK, Präsident d LG Wr Neustadt Hofrat Mag Rudolf MASICEK. LStA Hofrat Dr Peter FICENC, nunmehriger Leiter der Staatsanwaltschaft St. Pölten), weiters als Vertreter der Wissenschaft und Ehrenmitglied des Hauptverbandes Univ-Prof Dr Peter RUMMEL. Als ausländischen Gast hieß Präsident RANT den neu gewählten Präsidenten des Bundesverbandes öffentlich bestellter und vereidigter sowie qualifizierter Sachverständiger eV, Roland R. VOGEL willkommen sowie Präsidentin Dipl-Dolm Christine SPRINGER, Bundesinnungsmeister Komm-Rat Ing Josef PUNTINGER sowie Dr Jürgen SCHILLER, der nach Beendigung seiner hervorragenden Justizkarriere nunmehr Geschäftsführer der LBA Graz und Gerichtssachverständiger ist.

Grußadressen

Geschäftsführender Gemeinderat Kurt PAYR

dankte in seiner Begrüßungsbotschaft für die Wahl des Tagungsortes Semmering als Veranstaltungsplatz und gab einen informativen Überblick über die Geschichte „des Semmering“ in den letzten 150 Jahren. (Der Gebirgsspass Semmering 985m üM verbindet Niederösterreich mit der Steiermark. 1854 wurde die Semmeringbahn eröffnet. Der Ort Semmering hat nur etwa 600 Einwohner, verfügt aber über viele Hotels und Gaststätten. Vor dem Bahnbau gab es hier nur Bauernhöfe. Der Kurort Semmering verdankt seinen Ursprung der Technik, erst mit dem Bau der Semmeringbahn durch Carl Ritter von Ghega [die Bahn ist heute UNESCO-Weltkulturerbe] wurde dieser Ort überregional bekannt und erlebte seinen Aufstieg als Kurort. Große Hotels und feudale Villen wurden erbaut. Prominenz aus Politik, Wissenschaft und Kultur sind hier abgestiegen. Nach dem 1. Weltkrieg wurden die großen Hotels wiedereröffnet und der Semmering blieb bevorzugter Treffpunkt finanzkräftiger Kreise. Im 2. Weltkrieg war der Semmering Frontgebiet, die großen Hotels erlitten schwere Beschädigungen, dann auch noch während der Besatzungszeit. Den Um- und Aufschwung brachte dann wieder die Technik, nämlich der Bau der Semmering-Schnellstraße; Bauunternehmer Kallinger hat das Hotel Panhans erworben und revitalisiert, 1983 konnte es wiedereröffnet werden. Heute gilt der Semmering als bekannte Schi-region [Weltcup-Rennen]. Er ist zu allen Jahreszeiten, nicht zuletzt durch seine Kulturveranstaltungen und Sportmöglichkeiten erneut ein beliebter Luftkurort. Verkehrsmäßig brachte der Bau der Semmering-Straßentunnels vor wenigen Jahren erfreuliche Erleichterungen.

Leitende Staatsanwältin Dr Maria WAIS

überbrachte als Vertreterin der Justiz die Grüße und besten Wünsche der Justizministerin Dr BERGER und der Sektionschefs Dr FELLNER und Dr HOPF. Sie betonte den hohen Stellenwert der Sachverständigen in der Rechtspflege, daher sei „die Justiz“ auch bei den meisten Veranstaltungen des Hauptverbandes vertreten, um so auch in der Öffentlichkeit das Naheverhältnis aufzuzeigen. Wichtig für das Justizressort ist vor allem das optimale Funktionieren der Rechtspflege, die Richterschaft ist immer mehr auf fachliche Unterstützung durch Sachverständige angewiesen. Diese sind solcherart unverzichtbare Helfer der Justiz. Gefordert sind immer bessere fachliche Qualität, Fortbildung, Integrität und Unabhängigkeit der Gerichtssachverständigen.

Die Zuschlagsverordnung zum GebAG beim Finanzministerium durchsetzen zu können, habe einige Mühe gekostet, die Verordnung ist jetzt aber Wirklichkeit, sie tritt mit 1. Juli 2007 in Kraft (Applaus des Auditoriums).

Das Justizministerium sei auch bemüht, die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Sachverständigen gebührend zu gewährleisten und den Entfall der Honorarrichtlinien in einem gesetzlichen Gebührenrahmen in drei Gebührenklassen auszugleichen. Ständiger enger Kontakt zwischen Justiz und Sachverständigen wie auch der Kontakt mit den Ständevertretern sei wichtig. Für das Sachverständigenwesen sei der Hauptverband, der die Landesverbände einbezieht und koordiniert, ein sehr wichtiger Ansprechpartner.

Generalprokurator Dr Werner PÜRSTL

dankte einleitend für die Einladung zu dieser Veranstaltung und lobte als oftmaliger Seminarteilnehmer die Einrichtung und Organisation der „Gasteiner Seminare“, insbesondere das Kfz-Seminar. Dr PÜRSTL informierte sodann kurz über die Einrichtung, die Kompetenzen und die Aufgaben der Generalprokurator (in Strafsachen) und deren Bezug zum Sachverständigenwesen. In Gebührenfragen der Sachverständigen gebe es beim Obersten Gerichtshof vermehrt Fälle der rechtlichen Gebührenüberprüfung, in welche – wie diverse Entscheidungspublikationen im „Sachverständigen“ bezeugen, die Generalprokurator eingebunden ist (vgl SV 2005/4, 235 mit Anmerkung von Krammer).

Präsident des Oberlandesgerichtes Wien Dr Harald KRAMMER

führte unter anderem in seiner Grußbotschaft aus: Da er in seiner beruflichen Funktion für den Gerichtssprengel Wien, Niederösterreich und Burgenland verantwortlich sei, wisse er die Arbeit der Sachverständigen und Dolmetscher zu schätzen und zu würdigen. Dies habe er auch durch seine langjährige Mitarbeit im Hauptverband bewiesen. Die Arbeit der Sachverständigen sei für die Justiz ein unverzichtbares Element, die Gerichtssachverständigen müssten alle Bewegungen der Justiz mitmachen und den gesetzlichen Verfahrensänderungen Rechnung tragen. Beispiele dafür seien etwa die Änderungen im Außerstreitverfahren oder im Strafverfahren ab 2008 die Leitungsfunktion der Staatsanwaltschaft im Vorverfahren. Von den Sachverständigen sei Qualität zu fordern, sie müssten sich auch ihrer Aus- und Fortbildungsverpflichtungen stets bewusst sein. Die Reform des Beschwerdewesens, die erörterte Einbeziehung der Volksanwaltschaft, allenfalls auch die Schaffung eines Justizanwalts sei ein bedeutendes Signal für die Sachverständigen, sich ihrer Verantwortung für eine einwandfreie, qualitativ hochstehende Arbeit bewusst zu sein. Dabei sei aber auch auf die notwendige rasche Erledigung hingewiesen. Es werde daher einerseits Qualität verlangt, andererseits sei aber eine bürgernahe Rechtspflege rasch und ohne Verzögerung abzuwickeln. Dr KRAMMER appellierte an alle Sachverständigen, in ihrer Arbeit auf diese Aspekte Rücksicht zu nehmen. Er freue sich, „auch heuer wieder dabei sein zu können“. Er habe viele Delegiertenversammlungen in drei Jahrzehnten besucht, der Semmering sei ein weiterer schöner Stein in dieser Kette.

Präsident Roland R. VOGEL

hob in seiner Grußadresse mit Befriedigung hervor, dass die Sachverständigenverbände in Österreich und Deutschland seit Jahrzehnten ein freundschaftliches und gutes Verhältnis pflegen, weshalb sein Besuch der heutigen Delegiertenversammlung mehr als eine diplomatische Verpflichtung darstelle. Es gebe viele Gemeinsamkeiten, nicht nur die deutsche Sprache, wir betreiben auch Wissensaustausch und intensive Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Die Teilnahme an der Vereinigung EuroExpert bringt das gemeinsame Interesse beider Verbände zum Ausdruck, die in beiden Ländern bestehenden hohen Standards des Sachverständigenwesens in einem gemeinsamen Europa zu verbreitern. Er freue sich, diese gute Zusammenarbeit, wie schon unter seinem Vorgänger erfolgt, weiter zu führen und wenn möglich noch zu verbessern.

Als Hauptpunkt des offiziellen Teils des Delegiertenkongresses erfolgte nun die Verleihung der Goldenen Ehrennadel des

Hauptverbandes an Hofrat Dr GÖTSCH, Vorsitzender des Landesverbandes Tirol und Vorarlberg und Vizepräsident des Hauptverbandes, in Anerkennung seiner Verdienste um das Sachverständigenwesen.

Verbandspräsident Dr RANT führte hierzu aus: das Präsidium hat am 21. März 2007 einstimmig beschlossen, Hofrat Dr GÖTSCH die Goldene Ehrennadel des Hauptverbandes zu verleihen. Als Überraschung sollte heute auf Antrag des Landesverbandes Tirol und Vorarlberg diese hohe Verbandsauszeichnung Dr GÖTSCH überreicht werden. Bedauerlicherweise musste Dr GÖTSCH seine Teilnahme an der Delegiertenversammlung kurzfristig absagen. Da die Verleihung der Ehrennadel in der dem Präsidiumsbeschluss nächstfolgenden Delegiertenversammlung erfolgen soll, ehren wir also Dr GÖTSCH in dessen Abwesenheit. Die Ehrennadel und die Urkunde über deren Verleihung werden bei der bevorstehenden Mitgliederversammlung des Landesverbandes Tirol und Vorarlberg vom Vorsitzenden des Landesverbandes Oberösterreich und Salzburg Dr KAUFMANN und von Rechtskonsulent Dr SCHMIDT feierlich überreicht werden.

Der Hauptverband ehrt mit dieser Auszeichnung das Gesamtwirken von Hofrat Dr GÖTSCH – gleichsam sein Lebenswerk – im Interesse und zum Wohle der österreichischen Gerichtssachverständigen, im Besonderen der im Landesverband Tirol und Vorarlberg organisiert zusammengefassten Mitglieder.

Dr RANT betonte in seiner vom Auditorium akklamierten Laudatio, dass Dr GÖTSCH ein langjähriger, verdienter Funktionär seines Landesverbandes sowie des Hauptverbandes ist, der vor allem den Landesverband Tirol und Vorarlberg konsequent vertreten hat. Letztlich sei es aber gelungen, Gemeinsames über Einzelinteressen zu stellen, mit einem geschlossenen Auftreten ist auch entsprechende Schlagkraft verbunden, heute steht der Landesverband mehr denn je hinter dem Hauptverband.

Aus dem Lebenslauf Dris GÖTSCH seien beispielhaft folgende Marksteine hervorgehoben: geboren 1931 in Hall, seit 1955 verheiratet [3 Kinder, 7 Enkelkinder], 1949 Matura mit Auszeichnung, 1953 Promotion zum Doktor juris, 1954 Beginn einer beeindruckenden Beamtenlaufbahn in der österreichischen Finanzverwaltung, 1988 Ernennung zum Vorstand der Geschäftsabteilung 4 der Tiroler Finanzlandesdirektion für Tirol, 1997 Ruhestand. Dr GÖTSCH ist Träger des Goldenen und des Großen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich.

Seit 1960 ist Dr GÖTSCH Gerichtssachverständiger, seit 1977 Delegierter, seit 1979 Fachgruppenobmann der Buchsachverständigen des Landesverbandes Tirol und Vorarlberg, von 1988 bis 2007 Vorsitzender des Vorstandes dieses Landesverbandes und seit 1993 überdies Vizepräsident des Hauptverbandes. Zahlreiche Fachpublikationen, intensive Vortragstätigkeit (auch für EuroExpert) und maßgebliche Seminarveranstaltungen weisen Dr GÖTSCH als allseits geschätzten Experten aus.



Die von Präsident RANT angekündigte Überreichung der Ehrennadel an Hofrat Dr GÖTSCH ist inzwischen am 22. Juni 2007 in Innsbruck erfolgt. In dieser Mitgliederversammlung, in der die Periode der ehrenamtlichen Leitungsfunktion Dris GÖTSCH als Vorsitzender des Landesverbandes Tirol und Vorarlberg endete, wurde Technischer Rat Ing Reinhard AMPLATZ zum neuen Vorsitzenden und Hofrat Dr GÖTSCH zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

Rechtskonsulent Hofrat Dr SCHMIDT stellte sich bei diesem Anlass als Vertreter des Hauptverbandes mit einem launigen Stegreifgedicht für Dr GÖTSCH ein, dessen Vortrag allseits mit viel Beifall bedacht worden ist:

*Lieber Hofrat Doktor Götsch
das war jetzt ein langes Match.
Nahezu für zwanzig Jahr
er hier Vorsitzender war.*

*Gute Zeiten warns, kaum schlechte
die ich all nicht aufzähl'n möchte
schon weil ichs nicht selbst erlebt
bin ziemlich spät erst eingeschwebt.*

*Doch seit ich bin beim Verband
ist uns das Tiroler Land
und auch Vorarlberg nicht zu vergessen
stets ein starker Partner gewesen.*

*Bis auf eine schwierige Zeit
die uns heute scheint schon weit
war das Klima immer gut
niemals verließ Euch je der Mut.*

*Immer gabs ein offnes Wort
und Verständnis hier und dort.
Und so ehrt der Hauptverband
einen Großen aus diesem Land.*

*Die Ehrennadel bringen wir
und übergeben sie jetzt hier
und wünschen dem Geehrten, dem regen
viel, viel Glück und Gottes Segen.*

V.

Rahmen- und Begleitprogramm

Für den Vorabend der Delegiertenversammlung hatte der Landesverband Wien, Niederösterreich und Burgenland die Tagungsteilnehmer, Ehrengäste und Begleitpersonen zu einem „Abendessen mit Rahmenprogramm“ im Großen Festsaal des Hotels PANHANS gebeten. Zur Überraschung der zahlreich Erschienenen wurde das kulinarische Vergnügen von einem „Menütheater“ begleitet. Die exzellenten musikalischen, artistischen und kabarettistischen Darbietungen der „Chaos Kellner Show“ erhöhten noch die hervorragende Stimmung dieser gelückten Veranstaltung.

Am Vormittag der Delegiertenversammlung besuchten, parallel zur Arbeitstagung, Ehrengäste und Begleitpersonen den SÜDBAHN-Kulturbahnhof Mürzzuschlag (Steiermark), in dem die Ghega-Semmeringbahn-Ausstellung in der historischen Lok-Montagehalle zu einer stimmungsvollen Zeitreise von Wien nach Triest einlud. Höhepunkte der Besichtigung waren die alte Bahnhofshalle, der k & k Cafewagen, die Viaduktbaustelle und die „Lokomotive der Sinne“.

Die Rückkehr von dieser geglückten Rahmenveranstaltung erfolgte rechtzeitig zum offiziellen Teil der Tagung und dem gemeinsamen Mittagessen im Tagungshotel PANHANS mit dem die Delegiertenversammlung 2007 ihren Abschluss fand.

Hofrat Dr Walter MELNIZKY

Rechtskonsulent des Hauptverbandes